



# HESSISCHER LANDTAG

## Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

betreffend BLOCKUPY-Demonstrationen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass auf der großen „Blockupy“-Demonstration in Frankfurt am Main am Samstag dem 19. Mai 2012 über 20.000 Menschen ihr Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit wahrgenommen haben, indem sie friedlich gegen die ihrer Ansicht nach verfehlte Politik zur Bewältigung der europäischen Schuldenkrise und die fehlende Regulierung der Finanzmärkte demonstrierten.
2. Der Landtag bedauert, dass Teile der Organisatoren der geplanten „Blockupy“-Proteste und manche Aktivisten im Vorfeld nicht in der Lage waren, ohne Relativierungen klarzustellen, dass Gewalt, egal ob gegen Personen oder gegen Sachen, kein Mittel der Politik sein darf. Grade angesichts der Ausschreitungen bei der Demonstration am 31. März, die nicht nur zu erheblichen Sachschäden führte, sondern bei der auch ein Polizist schwer verletzt wurde, wäre eine solche klare Aussage dringend nötig gewesen. Teile der Organisatoren tragen deshalb eine Mitschuld daran, dass in den letzten Tagen fast nur noch über angeblich zu erwartende Gewalttaten und nicht mehr über das eigentliche Anliegen der Proteste berichtet wurde.
3. Der Landtag stellt mit Erleichterung fest, dass die befürchteten schweren Gewalttaten unterblieben sind. Die vorab geäußerten Befürchtungen hinsichtlich der unkontrollierbaren Gewalttätigkeit der Demonstrationsteilnehmer beruhten offenbar auf dramatisierenden Fehleinschätzungen vor allem des Innenministers. Der Landtag erwartet vom Innenminister, dass er zukünftig eine Abwägung vorliegender Informationen vornimmt und das Demonstrationsrecht friedlicher Demonstranten ebenso schützt wie die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Der Landtag bedauert, dass durch die weiträumige polizeiliche Abriegelung großer Teile der Frankfurter Innenstadt über vier Tage hinweg die Bewegungsfreiheit der Frankfurter Bürgerinnen und Bürger sehr stark beschränkt, die Geschäfte der ansässigen Unternehmen ganz erheblich beeinträchtigt und das Bankenviertel faktisch über vier Tage hinweg blockiert wurde.
4. Der Landtag bedauert, dass die Veranstalter der Blockupy-Demonstration und die Ordnungsbehörde der Stadt Frankfurt am Main keine einvernehmliche Lösung zur Genehmigung einer Mehrzahl der geplanten Demonstration-Veranstaltungen bei gleichzeitiger Sicherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gefunden

haben, ohne den Gerichtsweg beschreiten zu müssen. Das pauschale Verbot aller 17 geplanten Veranstaltungen der Blockupy-Aktionstage war ein unzulässiger Eingriff in die Demonstrationsfreiheit wie Verwaltungsgerichte festgestellt haben. Eine besonnene, differenzierte Beurteilung der einzelnen Veranstaltungen wäre nötig gewesen.

5. Der Landtag verwahrt sich dagegen, die im Ergebnis friedlichen Proteste für parteipolitische Spielchen zu instrumentalisieren. Weder hat sich die Aussage „Die wollen Randalen“ (Interview mit hr-online vom 17. Mai 2012) des CDU-Fraktionsvorsitzenden Christean Wagner durch den Verlauf der Aktionen bewahrheitet noch können im Vorfeld vorhandene konkrete Hinweise auf geplante Ausschreitungen als „Gewaltfantasien“ (Presseerklärung des LINKEN-Abgeordneten Ulrich Wilken vom 21. Mai 2012) abgetan werden. Die zum Glück im Ergebnis friedlichen Blockupy-Proteste eignen sich weder für eine Inszenierung als hart durchgreifender schwarzer Sheriff noch für eine Stilisierung als dunkelrotes Friedenstäubchen mit Grundgesetz im Schnabel. Wer dies dennoch tut, betreibt seine eigene Politik, erweist den Anliegen der friedlichen Demonstrantinnen und Demonstranten aber keinen Dienst.
6. Der Landtag dankt den eingesetzten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten für ihren Einsatz und sieht mit Besorgnis, dass durch die offensichtlich übertriebene Gefahrenprognose viele Überstunden entstanden sind, die jetzt an anderer Stelle an sinnvoller Einsatzzeit für die Polizei fehlen werden.
7. Notwendig ist vielmehr eine sorgfältige Auswertung, wie es zu dem doch deutlichen Auseinanderklaffen zwischen erwarteter und real vorhandener Sicherheitslage kam. Hieraus sind für die Zukunft Konsequenzen zu ziehen, um friedlichen Protesten und Aktionen künftig größtmöglichen Freiraum einzuräumen. Hierzu fordert der Landtag insbesondere das Innenministerium auf.

**Wiesbaden, den 22.5.2012**

**Der Fraktionsvorsitzende**

**Tarek Al-Wazir**